DECLASSIFIED AND RELEASED BY
CENTRAL INTELLIGENCE AGENCY
SOURCES METHODS EXEMPTION 3B28
NAZI WAR CRIMES DISCLOSURE ACT
DATE 2006

20 Nov 57

gut rasiert mit CARAVA

Verlangen Sie einfach CT

Electro-Rasierer verwenden vor dem Rasieren CE CARAVA-ELECTRIC die vorzügliche Rasierhilfe

Eine Probedose gegen Einsendung von 30 Pf. (Briefmarken) erhalten Sie von Gebr. Kistner, Berlin SW 61, Abt. SP 47

Soeben erschienen

Roger Peyrefitte

MALTESER RITTER

312 Seiten · Leinen 14,80 DM

Der sarkastische Autor der „Schlüssel von Sankt Peter" schildert die weitgesponnenen Intrigen um die Selbständigkeit des Malteserordens. Der vor wenigen Jahren in der römischen Kulisse geführte Staatsprozeß gegen diesen Orden enthüllt eine Fülle der eigenartigsten staatsrechtlichen Phänomene, aber auch unvorstellbar komplizierte Parteibildungen und verbissene Interessenkämpfe zwischen klerikalen Gruppen und Persönlichkeiten der Hocharistokratie.

In 3. Auflage erschien

DIE SCHLÜSSEL VON SANKT PETER

406 Seiten · Leinen 16,80 DM

Fordern Sie unseren Katalog an!

STAHLBERG VERLAG KARLSRUHE

was Englands Ministerpräsident Macmillan eine Charta der atlantischen „Interdependenz" nannte, also ein Vertrag, in dem die gegenseitige Abhängigkeit der 15 atlantischen Nationen nicht nur als Spruchweisheit anerkannt, sondern in Paragraphen festgelegt würde.

Diese europäische „Interdependenz"-Forderung war der Stein, an dem man sich in der letzten Woche in Washington stieß. In Besprechungen zwischen Präsident Eisenhower und dem demokratischen Präsidentschaftskandidaten der letzten Wahlen, Adlai Stevenson, wurde klar, daß die amerikanische Öffentlichkeit und der amerikanische Kongreß einer solchen Minderung der amerikanischen Souveränität keineswegs zustimmen wollen. In zweifellos richtiger Einschätzung des Widerstandes der Senatoren und Repräsentanten hatte Außenminister Dulles die Europäer schon vorher gewarnt, nicht „über-ehrgeizig" zu sein.

Macmillan und Spaak hatten bei ihrem Washingtoner Besuch erreicht, daß Eisenhower sich bereit erklärte, die Pariser

Nato-Generalsekretär Spaak
Atlantische Spruchweisheiten

Nato-Konferenz Mitte Dezember durch seine persönliche Anwesenheit weltpolitisch zu illuminieren. Sie hatten aus dem Einverständnis des Präsidenten den Schluß gezogen, Eisenhower werde in Paris eine enge politische Zusammenarbeit der Nato-Länder verkünden. In London sprach man damals davon, daß ein atlantischer Rat geschaffen werden solle, der die Außenpolitik der Nato-Länder für alle Mitgliedernationen verbindlich festlegt. Macmillan hoffte, durch eine solche Regelung endgültig das Gespenst eines sowjetisch-amerikanischen Zweier-Gesprächs zu verjagen, das der Alptraum aller kleinen Nationen, einschließlich Englands, ist.

Inzwischen aber scheint Eisenhower sich entschlossen zu haben, es in Paris bei feierlichem atlantischem Wortgeklingel bewenden zu lassen. Der letzte Grund dafür dürfte darin liegen, daß Eisenhower sich für den Fall einer neuen Gipfelkonferenz, wie sie von Chruschtschew in den letzten Wochen immer wieder vorgeschlagen wurde, nicht die Hände durch atlantische Verpflichtungen binden lassen will.

Im Prinzip ist Eisenhower nach wie vor zu einer friedlichen Aussprache mit den Sowjets bereit. Darauf deutete seine Äußerung in der vorletzten Woche hin, es sei ein „gigantischer Schritt zum Frieden" nötig. Offenkundig soll Amerika jedoch zuvor mit der sowjetischen Raketenrüstung gleichziehen.

Eine Weile hatte Eisenhower offenbar geglaubt, diesen neuen Rüstungs-Kraftakt ohne neue Lasten für den amerikanischen Steuerzahler und mit Hilfe der Nato ausführen zu können. Der Preis aber, den Macmillan und Spaak für die Nato-Unterstützung forderten, war für die amerikanische Öffentlichkeit zu hoch. Der Kongreß scheint nicht bereit zu sein, amerikanische Souveränitätsrechte an einen atlantischen politischen Rat abzutreten.

Offenkundig jedoch muß der Präsident für die Politik des amerikanischen Selbstbewußtseins und der amerikanischen Entscheidungsfreiheit ein hohes Risiko eingehen. Die Opferwilligkeit des amerikanischen Steuerzahlers ist nicht ohne alarmierende Propaganda zu haben. Eisenhower trug dieser Tatsache Rechnung, indem er in der letzten Woche erstmalig wieder Kreuzzugs-Töne anschlug. Unter deutlicher Anspielung auf Chruschtschew sagte er, es gebe heute Staatsmänner, die „wenig Achtung für das Menschliche" zeigten.

Die Gefahr dieser Propaganda liegt darin, daß in Amerika möglicherweise eine Stimmungswelle entsteht, die Eisenhower einmal gefährlich werden könnte, wenn er mit Chruschtschew zu sprechen gewillt ist.

Eisenhower vermied in der letzten Woche noch das Wort Steuererhöhungen, aber sein Handelsminister Sinclair Weeks gab bereits die unheilschwangere Parole „Weniger Butter und mehr Kanonen" aus.

BAISSE

Blacks schwarzer Faden

Die Präsidenten der westdeutschen Bundesbank können sich gegenwärtig von den strapaziösen Diskussionen erholen, die sie in den vergangenen Monaten um den Wert oder Unwert der bundesdeutschen Zahlungsbilanz-Überschüsse führen mußten. Ende Oktober stellte sich nämlich heraus, daß der breite Devisenstrom zur Frankfurter Bundesbank ins Stocken geraten ist.

Die westdeutsche Industrie muß sich darauf gefaßt machen, daß ihr Exportgeschäft nicht mehr so wie bisher florieren wird. Während in den ersten acht Monaten dieses Jahres ihr Ausfuhrvolumen — verglichen mit der Exportleistung von Januar bis August 1956 — um 18 Prozent zunahm, exportierte Westdeutschland im September nur noch neun Prozent mehr als im gleichen Vorjahresmonat. Zugleich mit der Ausfuhr von Gütern und Dienstleistungen schrumpfte auch der Auftragseingang; zum erstenmal seit über drei Jahren fiel er unter das Niveau der Außenhandelsumsätze.

In der gesamten westlichen Welt waren während der letzten Zeit konjunkturelle Abschwungtendenzen zu beobachten, von denen man noch nicht weiß, ob sie nicht den Keim einer allgemeinen Krise in sich tragen. Schon vor mehreren Monaten wurden die unterentwickelten Länder Afrikas und Asiens von Zahlungsbilanzkrisen durchgeschüttelt, die Preise ihrer Erzeugnisse, wie Kautschuk, Edelmetalle, Ge-

INTERNATIONALES

ABRÜSTUNG

Die britische Kriegsmarine wird weiter abgerüstet. Verteidigungsminister Sandys ordnete an,

- den Bau von sieben Fregatten neuester Konstruktion einzustellen,
- den Umbau von 45 Zerstörern, die in U-Boot-Jäger verwandelt werden sollten, zu stoppen,
- den ersten Helikopter-Flugzeugträger der Royal Navy und
- sämtliche Kleinst-U-Boote von der Bauliste zu streichen.

Außerdem will Sandys die britische Mittelmeerflotte abschaffen.

FORDERUNGEN

Die arabischen Regierungen haben die Bundesregierung aufgefordert, sich stärker als bisher an dem Hilfsfonds für die arabischen Palästina-Flüchtlinge zu beteiligen. Durch die Reparationslieferungen an Israel — so argumentieren die Araber — zeige Bonn, daß es sich für das Schicksal der jüdischen Flüchtlinge verantwortlich fühle. Es sei nun an der Zeit, daß sich Bonn auch für das Problem der arabischen Flüchtlinge interessiere. Deutschland sei für dieses Problem mitverantwortlich.

ZITAT

„Ich warne Sie! Die deutschen V 1 und V 2 sind im Vergleich mit den Ferngeschossen, über die wir gegenwärtig verfügen, nichts als Spielzeug. Wir besitzen sie auch in so großer Zahl, daß wir sie, wenn die Dinger nicht so gefährlich wären, fast jedem Land der Welt verkaufen könnten.". (Nikita Chruschtschew zu dem konservativen englischen Unterhausabgeordneten Cyril Osborne.)

NATO

Sprünge der Giganten

Die Welt", sagte Präsident Eisenhower in der letzten Woche, „hat auch Hitler zunächst nicht ernst genommen. Wir werden diesen Fehler nicht wiederholen."

In seiner zweiten Rede gegen Chruschtschews Sputnik-Politik schlug der Präsident Töne an, wie sie sein Vorgänger Präsident F. D. Roosevelt einst verwendet hatte, um seine Landsleute für den Krieg gegen Nazi-Deutschland psychisch fit zu machen. Erstmalig kündigte Eisenhower für die zivile Verwaltung „drastische Einsparungen" an.

Durch diese Ankündigung unterschied sich Eisenhowers zweite „Sputnik-Rede" deutlich von der ersten, die er eine Woche zuvor gehalten hatte. Damals hatte er zwar ernst, aber keineswegs alarmierend gesprochen und seine Ausführungen mit einem rosigen Schimmer des Geistes von Genf 1955 koloriert: „Was die Welt heute noch mehr braucht als einen gigantischen Sprung in den Weltraum ist ein gigantischer Schritt zum Frieden hin."

Der Unterschied zwischen der zweiten und der ersten Sputnik-Rede des Präsidenten erklärt sich aus der Tatsache, daß Eisenhower nicht umhin kann, die amerikanische Öffentlichkeit zu erhöhten finanziellen Anstrengungen für die Rüstung aufzupeitschen. Eisenhower hatte seine erste Rede allzu vorsichtig abgewogen. Sie vermochte deshalb den amerikanischen Steuerzahler nicht von dem Ernst der internationalen Lage zu überzeugen.

In der Zeit zwischen den beiden Reden scheint auch im Weißen Haus die Erkenntnis gereift zu sein, daß Amerika sich bei dem Raketen-Wettrennen mit den Sowjets in stärkerem Maße auf seine eigenen Kräfte verlassen muß, als man in Washington zunächst angenommen hatte.

Ministerpräsident Harold Macmillan und der belgische Nato-Generalsekretär Paul-Henri Spaak, die Ende Oktober Washington besuchten, hatten in den Amerikanern die Hoffnung geweckt, daß die wegen der sowjetischen Sputnik-Erfolge notwendig gewordenen zusätzlichen Rüstungs- und Forschungsausgaben durch eine schlichte Neuorganisation des Atlantikpaktes gedeckt werden könnten.

Wenn man zum Beispiel die amerikanische, britische und französische Atomforschung zusammenlege, so hatte Spaak die Amerikaner gelockt, könnten große Summen eingespart werden. In der Tat ist anzunehmen, daß sowohl auf dem Gebiet der Atom- wie dem der Raketenforschung in den drei Ländern gleichartige kostspielige Versuche unternommen worden sind und noch unternommen werden, deren einmalige Durchführung vollauf genügen würde.

Überdies dürfte feststehen, daß es in ärmeren Nato-Ländern Wissenschaftler gibt, die mit ihren möglicherweise wertvollen Ideen überhaupt nicht zum Zuge kommen, weil ihnen die notwendigen finanziellen Mittel fehlen. Eisenhower selbst wies in der vorletzten Woche auch auf die deutsche Raketenforschung hin.

Eine weitere, wahrscheinlich sehr erhebliche Summe ließe sich — wie Spaak kürzlich in London meinte — einsparen, wenn man eine militärische Arbeitsteilung unter den Nato-Ländern vornehme, indem etwa

- Amerika interkontinentale Raketen nebst H- und A-Sprengköpfen herstellt,
- England Mittelstreckenraketen und ebenfalls H- und A-Sprengköpfe produziert,
- Frankreich und die Bundesrepublik sich auf Kurzstreckenraketen und taktische Atomwaffen konzentrieren.

So verführerisch dieser waffentechnische und organisatorische Teil von Spaaks Nato-Reformplan für die Amerikaner klang, so beklommen waren sie, als sie nach und nach dessen politischer Kehrseite ansichtig wurden. Wahrscheinlich liegt in dem fatalen Eindruck, den dieser zweite, politische Teil des Spaak-Planes auf die Amerikaner machte, der Grund dafür, daß Präsident Eisenhower sich in der letzten Woche entschloß, lieber auf die Opferwilligkeit des amerikanischen Steuerzahlers als auf organisatorische Nato-Manipulationen zu bauen.

Die Verwirklichung des ersten Teils Spaakscher Reformen würde bedeuten, daß die europäischen Nato-Staaten auf wichtige Souveränitätsrechte — vor allem das Recht auf den Besitz schwerster H- und Raketenwaffen — zugunsten der USA verzichten müßten, ohne daß ihnen aus diesem Verzicht auf die wahrscheinlich wichtigsten Rüstungsobjekte finanzielle Vorteile erwachsen würden.

Die Weltwoche, Zürich

„Hoch soll er fliegen, hoch soll er fliegen, dreimal so hoch!"

So wäre zum Beispiel Frankreich keineswegs berechtigt, die durch seinen Verzicht auf militärische Atomforschung und -rüstung eingesparten Mittel etwa für sozialpolitische Zwecke zu verwenden. Es müßte vielmehr die Ersparnisse, die durch den Verzicht erzielt werden, für solche Rüstungsobjekte ausgeben, auf deren Entwicklung und Verwendung Amerika seinerseits zu verzichten hätte und die allerdings auch keineswegs mehr als weltpolitisch überzeugende Machtmittel gelten können.

Dieser Nachteil soll, so fordert Spaak, durch politische Zusicherungen ausgeglichen werden. Wenn, so meinte er, die europäischen Nato-Nationen durch ihre finanziellen Anstrengungen auf dem Gebiet taktischer Waffen es den Amerikanern ermöglichten, sich auf die weltpolitisch entscheidenden Waffen — Fernraketen und H-Bombe — zu konzentrieren, so müßte andererseits Amerika sich verpflichten, den europäischen Nato-Nationen ein Mitspracherecht bei der Verwendung von Fernraketen und H-Bomben zuzugestehen. Am Horizont dieser vorläufigen, fusen, Planungen zeichnete [illegible]

Zeichnungsaufforderungen der Industrie: Tauschverkäufe am Aktienmarkt

wie man vielfach annahm. Die von der Bank deutscher Länder verordnete finanzielle Diät brachte es an den Tag, daß bisher sehr viel kurzfristige Mittel für langfristige Zwecke eingesetzt worden sind und daß die westdeutsche Kapitaldecke immer noch reichlich kurz ist.

Weil die Industrie durch Kapitalerhöhungen und ihre neuen achtprozentigen Anleihen diese kurze Decke mit Gewalt zu sich herüberzog, bekamen andere Interessenten am Kapitalmarkt kalte Füße.

Als erste verspürten die Aktionäre einen kühlen Zug. Die Verlagerung der Nachfrage auf die neuen Anleihen drückte die Aktienkurse erheblich herab und ließ die Tendenz an den Aktienbörsen ausgesprochen lustlos werden. Die Achtprozenter erwiesen sich als so attraktiv, daß sie sogar die seit Jahren vorherrschende Neigung, durch den Aktienkauf Sachwerte zu erwerben, übertrumpft haben. Die Aktie verbrieft zwar eine direkte Beteiligung an dem Unternehmen mit allen seinen Sachwerten, während Anleihen nur eine brieflich fundierte Schuldforderung sind (Anleihen wurden durch die Währungsreform von 1948 im Verhältnis 10:1 abgewertet, Aktien dagegen nicht). Trotzdem begann man aber wieder in erster Linie darauf zu sehen, wieviel Zinsen das Wertpapier pro Jahr abwirft.

Nachdem ein Teil der Aktien heute einen Börsenkurs von mehr als zweihundert erreicht hat, erbringt selbst eine Jahresdividende von zehn oder sogar zwölf Prozent für je hundert Mark effektiv nur fünf oder sechs Mark Zinsen. Die neuen Industrie-Anleihen dagegen garantieren pro hundert Mark jährlich eine Brutto-Rendite von acht Mark. Aus diesem Grunde boten die Aktionäre scharenweise ihre Papiere an der Börse zum Kauf an, um mit dem Erlös sofort neue Achtprozenter zu erwerben.

Wegen des Unwillens, den ihre Anleihen erregt hatten, waren die Industriefirmen bemüht, die Zahl dieser „Umsteiger" als gering hinzustellen. Besonders der Aufsichtsratsvorsitzer Hermann Abs versuchte, ihre Beteiligung am Kauf der Achtprozenter zu bagatellisieren. Abs meinte, die Anleihen würden sehr viel echtes neues Kapital heranlocken. Er veranschlagte den Anteil der „Umsteiger" an den Aktienverkäufen im Bereich der Süddeutschen Bank auf nicht mehr als sieben Prozent.

Aber der Fachmann Abs mußte sich von der Bank deutscher Länder eines Besseren belehren lassen. In ihrem neuesten Monatsbericht heißt es: „Die entscheidende Ursache für die starke Nachfrage nach den neuen Industrieanleihen ist in ihrem beträchtlichen Zinsvorsprung zu suchen ... Ihr Erscheinen löste daher Kapitalumschichtungen zu Lasten anderer Anlagen aus, so daß nur ein Teil der untergebrachten Emissionsbeträge durch neugebildetes Kapital aufgenommen wurde ... Am Aktienmarkt kam es jedenfalls zu umfangreichen Tauschverkäufen."

Während der Run auf die begehrten Anleihen anhielt, sackten die Aktienkurse ständig ab. Seit Bosch im Juli das Hornsignal gab, fiel der Durchschnittskurs von sieben Gesellschaften, die ebenfalls Anleihen à la Bosch aufgelegt hatten, von 221 Punkten Anfang Juli auf 201 Punkte am 5. September. Der Kurs der Feldmühle AG. stürzte in der gleichen Zeit sogar von 272 auf 312 Punkte — das entspricht einem Verlust von 600 Mark je 1000 Mark Nennwert. Einige erstklassige Aktienpapiere sind durch den ständigen Abgabedruck beträchtlich unter ihren Substanzwert gesunken.

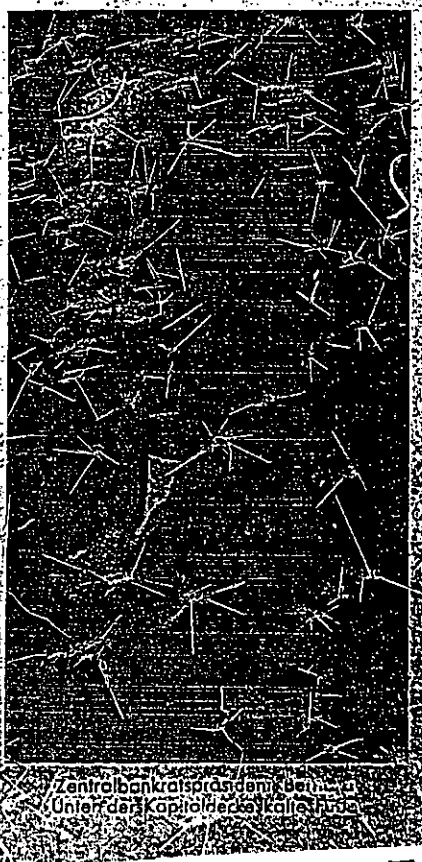
Am schlimmsten zeigte sich die Wirkung der neuen Anleihen auf dem Markt der Hypothekenpfandbriefe. Das Standardpapier dieser Art Schuldverschreibungen, die im Nennwert von mehreren Milliarden Mark in der Bundesrepublik umlaufen, erbringt einen Jahreszins von sechs Prozent und ist also noch weniger als die Aktie geeignet, mit den Achtprozentern zu konkurrieren.

Während nun die Aktienbaisse nur Verärgerung zeitigt und dem Gedanken schädlich ist, neue Aktiensparer heranzubilden, hat die Flaute am Pfandbriefmarkt schwerere wirtschaftliche Folgen. Denn die aus dem Verkauf von Pfandbriefen hereinfließenden Gelder werden von den Hypothekenbanken in der Regel als Hypothekenkredite für den Wohnungsbau verteilt. Je weniger neue Pfandbriefe verkauft werden, desto weniger Baugeld steht zur Verfügung.

Bereits im Juli fiel die Ausgabe neuer Pfandbriefe auf 41 Millionen Mark ab, nachdem zu Beginn des Jahres monatlich noch für 189 Millionen Mark verkauft worden waren. Und seitdem die Verwaltungen der Sozialversicherung unter Hinweis auf die bevorstehenden Belastungen aus der Bonner Rentenreform ebenfalls kaum noch Pfandbriefe abnehmen und die Privatversicherungen sich begierig auf die achtprozentigen Anleihen der Industrie stürzten, herrscht bei den westdeutschen Pfandbrief-Instituten praktisch ein Ausgabestopp.

Einen Zinssatz von acht Prozent kann zwar die Elite der vollbeschäftigten Industriebetriebe Westdeutschlands verhältnismäßig leicht erwirtschaften, nicht aber beispielsweise der Wohnungsbau. Die Hypothekenbanken schreckten deshalb davor zurück, nun ihrerseits die Pfandbriefe mit dem hohen Satz von acht Prozent auszustatten. Der Verband privater Hypothekenbanken e. V. in Bonn wies darauf hin, daß eine solche Maßnahme zwangsläufig auch die Wohnungsmieten in die Höhe treiben würde.

Das schwache Pfandbriefgeschäft hat zu einem akuten Mangel an erststelligen Hypotheken geführt. Bei den Bausparkassen der Bundesrepublik liegen Tausende zuteilungsreifer Verträge vor, die nicht realisiert werden können, weil den Bauherren die erste Hypothek fehlt. Dank der bereits im vergangenen Jahr in Auftrag gegebenen Bauten floriert zwar die westdeutsche Bauwirtschaft noch. Die neuen Hypothekenzusagen lagen jedoch im Juli 1956 schon um 45 Prozent unter den Zusagen vom Juli 1955.



Zentralbankratspräsident Bern...
Unter der Kapitaldecke kalte Füße